

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 13. Februar 1971 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstr. 307; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

Nr. 1/1971 März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Unter Zugrundelegung der wichtigsten Globaldaten ist die wirtschaftliche Situation derzeit durch einen zunehmenden rückläufigen Trend im güterwirtschaftlichen, andererseits durch einen sich weiter verschärfenden inflationären Kurs im monetären (geldwirtschaftlichen) Bereich gekennzeichnet. Während die industrielle Nettoproduktion eine fortgesetzte Abschwächung erfährt, entsprechend den immer geringeren Auftragsengängen das Tempo der Abschwächung sogar zunimmt, wächst der Geldüberhang beharrlich an.

Die hohen, im Jahre 1970 vorwiegend zur Kapazitätsausdehnung vorgenommenen Investitionen setzten ebenso enorme zusätzliche Geldströme frei, wie die infolge der Hochzinspolitik der Bundesbank hereinfließenden Devisen und der erneut erhöhte Rüstungsetat.

Die an sich kräftig gestiegenen Bruttoeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten konnten insofern keine stimulierende Wirkung auf die künftige Produktion von Verbrauchsgütern aller Art auslösen, weil die schärfer werdende Lohnsteuerprogression in Verbindung mit höheren Sozialversicherungsabgaben die Nettoeinkommen weitaus geringer wachsen ließ. Der Rückgang des Anteils des privaten Verbrauchs am Bruttoeinkommen führt somit zu Produktionseinschränkungen, ohne daß der Geldüberhang abgebaut wird. Das Ergebnis ist Inflation bei Stagnation.

Die Bundesregierung versucht,

durch Ausgabensteigerung und Verschuldung die drohende Krise abzuwenden. Die Struktur des Haushalts 1971 ist indes nach wie vor durch das wiederum angehobene Rüstungsvolumen beeinflusst. Preistreibende Effekte werden also nicht ausbleiben. Die Anhebung der Sozialinvestitionen wird daher real wenig Nutzen bringen.

Für eine die Kapazitäten auslastende und damit die Arbeitsplätze sichernde sofortige Belegung des Massenverbrauchs bleibt keinerlei Spielraum. Hier setzt die Verantwortung der Gewerkschaften ein. Folgen sie — wie die IG Druck und Papier bei ihrem jüngsten Tarifabschluß — den Lohnleitlinien der Bundesregierung, dann versteigen sie über die Profitraten der Unternehmer praktisch die Stagnation.

Vom Export ist 1971 — wie die Auftragseingänge zeigen — kein Produktionsantrieb zu erwarten.

Eine aktive Lohnpolitik allein kann jetzt noch die Expansion der privaten Nachfrage in Gang bringen.

Im Prinzip wurde dies auch vom Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten erkannt, wenn er für 1971 der Kräftigung des privaten Verbrauchs Vorrang einräumt und höhere Zuwachsraten der Masseneinkommen vorschlägt als die Bundesregierung. Mit seinen praktischen Empfehlungen steht er zu seiner Einsicht jedoch in offenem Widerspruch; denn eine Begrenzung des Wachstums der Effektivlöhne und -gehälter auf

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz pro Beschäftigten

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Bau- und Wohnungswesen

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

5 Prozent im Jahre 1971 würde die verbrauchsfähigen Masseneinkommen sogar langsamer steigen lassen als 1970. Von einer Verbrauchskonjunktur könnte dann nicht mehr gesprochen werden.

1.1 Sozialprodukt

Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD im Jahre 1970 war durch einen in diesem Ausmaß bislang nicht erreichten inflationären Prozeß gekennzeichnet. Dies kam im unterschiedlichen nominalen und realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BSP; Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, ausgedrückt in DM) zum Ausdruck. Während es nominal (zu jeweiligen Preisen) gegenüber 1969 um 12,5 Prozent stieg, vergrößerte es sich real (in Preisen von 1962) lediglich um 4,7 Prozent. Die Spanne von 7,8 Prozent zeigt das Ausmaß der Preissteigerungen sowohl des privaten Verbrauchs als auch der Inlandsnachfrage überhaupt an. Im Jahreswirtschaftsbericht (JWB) 1971 der Bundesregierung wird hervorgehoben, daß der nominale Prozentsatz im Rahmen der letztjährigen Projektion nicht für möglich gehalten wurde (JWB 1971, Ziffer 20).

Inwieweit die Jahresprojektion 1970 sowie der Nachtrag zum letztjährigen Jahreswirtschaftsbericht im Mai 1970 von der tatsächlichen Entwicklung abwichen, verdeutlicht folgende Gegenüberstellung

	Jahresprojektion Zunahme gegenüb. d. Vorjahr	Prognose im Nachtrag zum JWB	Tatsächliche Entwicklung in %
BIP, real	4 — 5	6	4,8
Verwendung des nominalen BSP:			
Privater Verbrauch	9,5—10,5	12,5	11,4
Staatsverbrauch	9,5—10,5	10,5	12,4
Anlageninvestitionen	13 —14	19,5	22,0

(Quelle: JWB 1971, Ziffer 20)

Das bedeutet:

1. Die reale Entwicklung des BIP, also der im Inland verbleibenden Werte, die von den einzelnen Wirtschaftsbereichen hervorgebracht wurden, blieb hinter den Erwartungen zurück;
2. der private Verbrauch wies sogar noch geringere Steigerungsraten auf, als angenommen wurde, und zwar auf Kosten des Staatsverbrauchs und — weit mehr noch — der Anlageinvestitionen der Unternehmer.

Hinsichtlich der Entstehung des BIP ergab sich bis einschließlich 1970:

Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Anteile in %)

	Land- u. Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienstleistg.	Staat, private Haushalte u. ä.
1966	4,2	53,3	19,2	13,1	10,1
1967	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6
1968	3,8	53,1	18,8	14,0	10,4
1969	3,6	53,7	18,3	13,9	10,4
1970	3,1	54,2	17,9	14,1	10,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68; 1/1971, S. 12)

Das warenproduzierende Gewerbe, wozu Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau usw. zählen, trägt demnach allein mit über 54 Prozent zur Entstehung des BIP bei. Vom prozentual stärksten Abfall der Produktionsleistung wurde die Land- und Forstwirtschaft betroffen. Die sozialen Unruhen in diesem Wirtschaftssektor sind sicher als Reaktion auf die damit verbundene Ertragsabschwächung anzusehen.

Was den Unterschied zwischen nominaler und realer Veränderung des BIP im gleichen Zeitraum anbelangt, so drückte er sich in nachstehenden Größenordnungen aus:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

	BIP in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
		zu jeweiligen Preisen	zu Preisen v. 1962
1966	492,1	+ 6,5	+ 2,8
1967	496,1	+ 0,8	— 0,3
1968	539,2	+ 8,7	+ 7,0
1969	603,2	+ 11,8	+ 8,1
1970	679,0	+ 12,6	+ 4,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68; 1/1971, S. 12)

Ein konjunktureller Wandel ist unverkennbar geworden. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Jahresgutachten (JG) sogar die Ansicht vertreten, „daß die konjunkturelle Entspannung... im Laufe des nächsten Jahres (1971, d. V.) in eine spürbare Konjunkturabschwächung münden wird“ (JG 1970, Ziffer 162). Er sieht insbesondere eine geringere Zunahme des realen Sozialprodukts voraus, „da die Nachfrage das Produktionspotential nicht mehr voll beansprucht“ (JG 1970, S. 1). Für das BIP in Preisen von 1962 erwartet er im 1. Hj. 1971 eine Zunahme von 5 Prozent gegenüber 5,6 Prozent im Vorjahreszeitraum, im 2. Hj. 1971 jedoch nur noch eine von 3,5 Prozent (2. Hj. 1970 4,5 Prozent).

1.2 Industrieproduktion

Ebenso wie im gesamtwirtschaftlichen Maßstab setzte sich 1970 im Bereich der industriellen Produktion die Abnahme der Wachstumsraten fort. Verharrte noch im 1. Vj. 1970 die Produktion im Durchschnitt ungefähr auf dem Niveau des letzten Quartals 1969, so fiel sie im 2. und 3. Vj. rasch ab. Überblickt man die wichtigsten Industriebereiche, dann sind bereits gegenüber 1969 — jeweils im 3. Quartal — im Bergbau, in der eisenschaffenden und in der Textilindustrie gegenüber 1969 Rückgänge zu verzeichnen gewesen. Noch einschneidender sind sie aber gegenüber dem 2. Vj. 1970, wobei ansonsten stark wachstumsfreudige Branchen wie der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die elektrotechnische Industrie auffallend rückläufig waren (vgl. INFO Nr. 3/1970, S. 2).

Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	1966	1967	1968	1969	1970 3. Vj.	Verändrg. 3. Vj. 70 geg. Vorjahr
Industrie insgesamt	120,3	117,4	131,2	148,2	148,1	+ 4,8
Kohlenbergbau	91,0	83,5	85,2	86,5	80,9	— 0,1
Eisenschaffende Industrie	108,2	112,4	128,8	145,2	142,2	— 0,8
Chemische Industrie	148,7	161,6	189,0	217,5	225,9	+ 5,7
Maschinenbau	109,5	101,8	107,9	126,0	123,5	+ 5,7
Straßenfahrzeugbau	127,0	108,4	135,4	164,5	152,9	+ 5,8
Elektrotechnische Industrie	122,6	120,2	141,4	167,3	171,6	+ 13,3
Textilindustrie	109,2	101,9	118,2	129,9	111,5	— 0,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	118,8	121,4	128,2	134,4	132,9	+ 2,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 14 f.; BMWi, Vierteljahresbericht IV/70, S. 8 f.)

In den Herbstmonaten 1970 konnte zwar der saisonale Abfall der gesamten industriellen Nettoproduktion von Juni bis August wieder aufgeholt und übertroffen werden, doch bleiben die Steigerungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum noch stärker zurück als während der Sommermonate.

	Nettoproduktionsindex 1962 = 100		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969	1970
September	151,3	156,9	9,0	3,7
Oktober	157,0	163,9	12,0	4,4
November	171,4	172,5	11,1	0,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1971, S. 63; BMWI, Monatsbericht 1/1971, Tabelle I)

Schließlich zeigt ein Vergleich der vierteljährlichen Zuwachsraten seit dem 4. Vj. 1969, wie schnell der konjunkturelle Zyklus eine Abwärtsbewegung beschrieb.

Zunahme der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in %

1969		1970	
4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
10,5	9,8	6,6	4,8

(Quelle: BMWI, Vierteljahresbericht IV/70, S. 6)

Die Tabelle über den Industrieumsatz (Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten, ohne Bauidustrie, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung; ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer) zeigt an, inwieweit der Absatz im Inland oder Ausland erfolgte:

	1969		1969, 1. Hj.		1970, 1. Hj.		Zunahme 1. Hj. 70 geg. Vorj. in %
	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	
Gesamtumsatz	470,5	100	220,0	100	251,3	100	14,2
Inlandsumsatz	376,7	80,1	175,8	79,9	202,0	80,4	14,9
Auslandsumsatz	93,8	19,9	44,2	20,1	49,3	19,6	11,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85; 8/1970, S. 409)

Wie 1969 so entfiel auch im 1. Hj. 1970 rd. ein Fünftel des Industrieumsatzes auf den Export, hiervon wiederum rd. 70 Prozent auf fünf Industriezweige.

Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

	1969		1969, 1. Hj.		1970, 1. Hj.	
	Mrd. DM	in % des Auslands- umsatzes	Mrd. DM	in % des Auslands- umsatzes	Mrd. DM	in % des Auslands- umsatzes
Auslandsumsatz insgesamt	93,8	100,0	44,2	100,0	49,3	100,0
Maschinenbau	19,4	20,7	8,8	19,9	9,5	19,3
Straßenfahrzeugbau	15,4	16,4	7,5	17,3	8,1	16,4
Chemische Industrie	14,9	15,9	7,3	16,7	7,8	15,8
Elektrotechnische Industrie	9,5	10,1	4,3	9,7	5,1	10,3
Eisenschaffende Industrie	6,4	6,8	3,0	6,8	3,5	7,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 85; 6/1970, S. 340; 8/1970, S. 110)

Der Industrieumsatz durchlief von September bis November 1970 folgende Entwicklung:

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat			
	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz
September	+ 19,7	+ 25,8	+ 10,8	+ 8,6
Oktober	+ 1,7	+ 2,7	+ 5,9	+ 4,7
November	— 5,0	+ 0,4	+ 8,9	+ 13,2

(Quelle: BMWI, Monatsbericht 12/70, Tabelle III b; 1/71, Tabelle III b; Wirtschaft und Statistik, 11/1970, S. 671)

Nachdem sich im September 1970 gegenüber den vorangegangenen zwei Monaten der Industrieumsatz sowohl insgesamt als auch im Exportsektor saisonbedingt kräftig erhöhte, fiel er im Oktober/November erneut auffallend ab. Zwar mögen die Zunahmen im Vorjahresvergleich beachtlich gewesen sein, doch ist infolge der Preissteigerungen darin weniger ein reales Plus enthalten als in den vorangegangenen

Monaten. Dies bezieht sich vor allem auf den Außenhandel, da die nominalen Wertsteigerungen z. T. eine Folge der Aufwertung, z. T. aber auch Niederschlag von Preis erhöhungen sind, die voll auf die ausländischen Abnehmer überwälzt wurden. Auf jeden Fall zeigt der Vormonatsvergleich tendenziell keine Umkehr der seit Mai 1970 zu beobachtenden Entwicklung, so daß vom Exportgeschäft — werden einmal die Umsatzziffern herangezogen — langfristig keine Stabilisierung der Konjunktur zu erwarten ist (s. dazu Kennziffer 1.3.).

Was die künftige Lage in bezug auf das Produktionsvolumen der kommenden Monate bestimmen wird, ist den Auftrags-eingängen in der Industrie zu entnehmen.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bauindustrie, öffentliche Energiewirtschaft):

	Auftragseingangs- index 1962 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969	1970
September	193	196	+ 25	+ 1,5
Oktober	206	200	+ 18	— 3,0
November	188	192	+ 16	+ 2,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1971, S. 64; Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 13)

Auch nach der saisonalen Abschwächung des Auftragseingangs in den Sommermonaten hat sich bis November 1970 keine Umkehr mehr vollzogen. Dies ist besonders auf ein Nachlassen der Inlandsnachfrage zurückzuführen, während die Auslandsbestellungen von Oktober bis November um 3,4 Prozent leicht zunahm. Der Inlandsrückgang (gesamte Industrie) belief sich dagegen auf — 6,1 Prozent, d. h. er konnte nicht einmal mehr durch Auslandsaufträge kompensiert werden.

Vom weiteren Auftragsrückgang wurden wiederum fast alle Industriezweige erfaßt. Abnahmen verzeichneten vor allem von Oktober bis November die

- Chemische Industrie mit 5,1 Prozent
- der Straßenfahrzeugbau mit 5,2 Prozent
- Feinmechanische und optische Ind. mit 8,6 Prozent
- Schuhindustrie mit 14,4 Prozent
- Bekleidungsindustrie mit 39,8 Prozent

(Quelle: BMWI, Monatsbericht 1/71, Tabelle III a)

Wie schon in den Sommermonaten traf der Abbau der laufenden Aufträge besonders die Verbrauchsgüterindustrie. Er kann nicht damit erklärt werden, daß eine Sättigung bei den Verbrauchern eingetreten ist, da der Anteil des privaten Verbrauchs bei der Verteilung des Sozialprodukts im letzten Jahr nicht erhöht wurde, für 1971 sogar eine Minderung einkalkuliert wird (JWB 1971, Eckwerte, S. 23).

Damit erweisen sich auch die Erklärungen der Regierung und Unternehmer, ein verstärkter privater Verbrauch habe zur Erhöhung des Preisniveaus beigetragen, als wirtschaftspolitisches Manöver gegen eine mögliche, auf jeden Fall notwendige aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften.

1.3 Außenwirtschaft

Wie schon aus den Daten über den Auslandsabsatz der Industrie hervorgeht (vgl. Kennziffer 1.2), hat sich die Außenorientierung der westdeutschen Wirtschaft strukturell nicht verändert. Die jetzt auch den Außenhandel erfassende Abschwächung hatte im 1. Hj. 1970 noch keinen nachhaltigen Abbau des Handelsbilanzüberschusses zur Folge gehabt.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz
1966	+ 8,0	+ 0,9
1967	+ 16,9	- 10,0
1968	+ 18,4	- 7,4
1969	+ 15,6	- 18,8
1969, 1. Hj.	+ 6,7	- 11,7
1970, 1. Hj.	+ 6,3	- 0,1
1970, 3. Vj.	+ 4,3	+ 4,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1970, S. 66; 1/1971, S. 68*)

1970 erreichten — bis zum 3. Vj. — die Exporte der BRD einen Wert von 91 Mrd., die Importe einen von 80 Mrd. DM (ohne Dienstleistungskäufe und -verkäufe).

Die aufgrund der geringeren Auslandsumsätze der Industrie seit den Sommermonaten zu beobachtende Abschwächung des Exports hat insofern keinen nachhaltigen Abbau des Handelsbilanzüberschusses zur Folge gehabt, als die Einfuhr wertmäßig im 3. Vj. 1970 zurückging, im Durchschnitt auf dem Stand von Ende 1969 sogar verharnte. Hierin kommt nicht nur die auslaufende Binnenkonjunktur zum Vorschein, die eine Importeinschränkung von Halbwaren und Vorerzeugnissen mit sich bringt, sondern auch die durch die Aufwertung bedingte Verminderung der Einfuhrpreise.

Im Kapitalverkehr setzte sich die Tendenz des Abbaus des Kapitalexports im 3. Vj. 1970 voll durch. Es kam zu einer sprunghaften Zunahme des Kapitalimports. Auf die Ursache wird weiter unten näher eingegangen.

Die folgende Tabelle läßt die regionalen Schwerpunkte des westdeutschen Außenhandels erkennen:

Außenhandel nach Regionen (1970, 3. Vj.)

	Anteil am Export in %	Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM
Alle Länder	100,0	+ 4,3
Kapitalistische Industrieländer	77,9	+ 3,6
darunter:		
EWG	39,2	+ 0,4
EFTA	22,6	+ 2,9
USA	9,4	+ 0,0
Sozialistische Länder	4,5	+ 0,3
„Entwicklungsländer“	17,4	+ 0,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1971, S. 69*)

Nach wie vor gehen knapp vier Fünftel des Exports der BRD in kapitalistische Industrieländer, darunter annähernd 40 Prozent in die EWG und fast 23 Prozent in die Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Beachtlich erscheint der Anteil am Export in die sog. Entwicklungsländer (über 17 Prozent); in die sozialistischen Länder wird weiterhin minimal ausgeführt (4,5 Prozent). Ein anderes Bild zeigt indes der jeweilige regionale Anteil am positiven Handelsbilanzsaldo. Hier liegt die EFTA mit ca. 68 Prozent an der Spitze. Die EWG, die „Entwicklungsländer“, die sozialistischen Länder und die USA liegen weit zurück. Die Einfuhren und Ausfuhren aus diesen Regionen sind weitgehend ausgeglichen. Im Hinblick auf den Kapitalbilanzsaldo sind die letzten Monate des Jahres 1970 im Vergleich zu 1969 von Bedeutung, und zwar der kurzfristige Kapitalverkehr, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht:

	September 1969	bis	November 1970
Saldo der Handelsbilanz	+ 4,2		+ 3,7
Saldo der Kapitalbilanz	- 8,2		+ 5,2
darunter:			
Langfristiger Kapitalverkehr	- 5,7		+ 0,9
Kurzfristiger Kapitalverkehr	- 2,5		+ 4,4

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1971, S. 68*)

Von September bis November 1970 flossen im kurzfristigen Kapitalverkehr rd. 4,4 Mrd. DM in die BRD. Diese Zunahme geht zum großen Teil auf das Zinsgefälle zwischen der BRD und der übrigen kapitalistischen Welt zurück. Im Jahresablauf trug sie bis einschließlich Dezember 1970 zu einem Währungsreservebestand von fast 50 Mrd. DM bei. Er war somit höher als unmittelbar vor der Aufwertung im Oktober 1969. Das Ziel einer außenwirtschaftlichen Absicherung ist dadurch aufs neue eindeutig verfehlt worden.

Eine massive Zinssenkung im Gefolge der Herabsetzung des immer noch hohen Diskontsatzes von 6 Prozent (seit dem 3. 12. 1970) dürfte nach dem Eintreten eines Wirtschaftsabschwungs Anzeichen relativer und zeitweiliger Erzeugerpreisberuhigung sein. Dann aber wäre — auf Kosten der Vollbeschäftigung — ein sprunghafter Anstieg des Ausführüberschusses mit allen inflationären Konsequenzen unvermeidbar.

Verfolgt man die Währungspolitik von Bundesregierung und Bundesbank während der Krise und des Aufschwungs, drängt sich der Eindruck einer gewollten Planmäßigkeit in bezug auf diese Wechselwirkung auf. Die über einen hohen Export vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit und Deflation oder mittels einer vorgeblich preisdämpfenden Hochzinspolitik hereinfließenden Devisenströme zielen letztlich auf eine Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Position der BRD ab. In jeder Hinsicht sind die sozialpolitischen Folgen für die Arbeiterklasse negativ, da allein die Kapital-eigentümer durch die Erwirtschaftung von überproportional reinvestierbaren Gewinnen den Nutzen daraus ziehen.

1.4 Investitionen

Die allgemeine wirtschaftliche Situation wird des weiteren durch die Investitionstätigkeit, insbesondere den Anteil der Investitionen am BSP widergespiegelt. Seit 1966 ergibt sich für die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) der Unternehmer und des Staates folgende Entwicklung:

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	in % des BSP
1966	490,7	126,3	25,8
1967	494,6	114,4	23,1
1968	538,9	124,8	23,2
1969	602,8	146,2	24,3
1970	677,7	178,4	26,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 210; 1/1971, S. 13)

Nach dem Jahreswirtschaftsbericht 1971 haben sich 1970 die Bruttoanlageinvestitionen auf 178,4 Mrd. DM belaufen, einschließlich der Vorräte auf fast 189 Mrd. DM.

Der ifo-Investionstest vom Dezember 1970 gibt erste Anhaltspunkte für die Entwicklung der Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft 1971. Danach steht es außer Frage, daß auch in dieser Hinsicht die Hochkonjunktur ihr Ende gefunden hat. Erstmals seit 1968 ist mit abnehmenden realen Investitionsraten zu rechnen, da der voraussichtliche nominale Zuwachs von 5 Prozent durch Preissteigerungen mehr als absorbiert werden dürfte.

Folgende Veränderungen bzw. Wachstumsraten sind zu erwarten:

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie

	in Mrd. DM		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1970	1971	1970	1971
Verarbeitende Industrie	33,7	35,4	22	5
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüterind.*	13,1	13,8	25	5
Investitionsgüterind.	12,5	13,4	28	7
Verbrauchsgüterind.	5,1	5,1	10	0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	3,0	3,2	6	8

(Quelle: Ifo Schnelldienst 51/52, 1970, S. 22; 43/44, 1970, S. 23)
*Stähle, Erden; Eisenhaltende Ind., Metallind.; Mineraldverarb., Chem. Ind.

Die stärkste Drosselung des Investitionstempos wird mithin die Verbrauchsgüterindustrie vornehmen; denn nicht einmal nominal ist in diesem Bereich ein Zugang vorgesehen. Dieser Tatbestand entspricht genau dem abfallenden Trend der Auftragseingänge in jenem Sektor. Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie richten sich auf eine nominale Anhebung der Investitionsausgaben zwischen 5 und 7 Prozent ein, und nur die Nahrungs- und Genussmittelindustrie meldete an der Jahreswende einen höheren Investitionsbedarf an.

Im Gegensatz zu 1969 und 1970 wird die Kapazitätsausdehnung als Investitionsmotiv nicht mehr im Vordergrund stehen. Wie aus dem Ifo-Test hervorgeht, trifft dies besonders für die Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie zu, während die restlichen Bereiche keine diesbezüglichen Umgruppierungen von Belang vornehmen werden.

Dafür tritt vor allem in der Investitionsgüterindustrie die Rationalisierung als Zielsetzung bei der Erstellung neuer Anlagen stark hervor.

Zielsetzung der Investitionstätigkeit

Als Hauptziel nannten Prozent der Unternehmen

	Kapazitäts- erweiterung		Ratio- nalisierung	
	1970	1971	1970	1971
Verarbeitende Industrie	51	43	38	41
davon:				
Grundstoff- u. Produktionsgüter- industrie	50	48	41	37
Investitionsgüter- industrie	60	43	26	41
Verbrauchsgüter- industrie	43	31	48	50
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	39	40	49	42

(Quelle: Ifo Schnelldienst 51/52, 1970, S. 24)

Beachtenswert ist, daß der Jahreswirtschaftsbericht 1971 der Bundesregierung ebenfalls keinen ins Gewicht fallenden höheren Investitionsschub als der Ifo-Test annimmt: für den gesamten privaten Unternehmenssektor (ohne Wohnungsbau) wird mit einer Zunahme zwischen 6 und 8 Prozent gerechnet.

Selbst die Rücknahme der Aussetzung der degressiven Abschreibung (Steuererleichterung für Anlageinvestitionen) Ende Januar 1971 und die Senkung der Investitionssteuer um 2 auf 4 Prozent ab Jahresanfang werden die Investitionsneigung nicht steigern. Dafür zielt die Bundesregierung allerdings auf eine nominale Erhöhung der öffentlichen Investitionen zwischen 10 und 11 Prozent ab.

Unter diesen Voraussetzungen kann wiederum nicht auf eine erhebliche Anhebung des Anteils des privaten Verbrauchs gehofft werden. Der Jahreswirtschaftsbericht geht davon aus, daß 1971 der Anteil am BSP des

— privaten Verbrauchs	55,8 Prozent (1970: 54,8 %)
— Staatsverbrauchs	16,7 Prozent (1970: 15,6 %)
— der Anlageinvestitionen	26,6 Prozent (1970: 26,3 %)

ausmachen dürfte (JWB 1971, S. 54; Wirtschaft u. Statistik 1/1971, S. 13).

Ob eine Steigerung des Anteils des Privatverbrauchs um 1 Prozent gegenüber 1970 angesichts der am Horizont aufziehenden Krisenwolken tatsächlich erfolgt, ist fraglich. Bedenken bestehen umso mehr, als die Lohnsteuervorauszahlungen zwecks Reduzierung der Massenkaufkraft nicht vor dem 30. Juni 1971 zurückgezahlt werden sollen. Bis dahin kann indes die Abschwächung der privaten Nachfrage zu drastischen Stilllegungen von Kapazitäten führen, die sich im Endeffekt sogar auf das ohnehin geringe nominale Wachstum der Investitionen negativ auswirken können. Die Arbeiter und Angestellten der Investitionsgüterindustrie wären dann unmittelbar von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen.

1.5 Beschäftigung

Im Laufe des Jahres 1970 nahm der Anteil der Arbeiterklasse an der erwerbstätigen Bevölkerung weiter zu. Im 3. Vj. 1970 waren von 27,4 Mio. Erwerbstätigen 22,6 Mio. (= 82,5 %) Arbeiter, Angestellte und Beamte (Ifo Wirtschaftskonjunktur, 4/1970, Beilage, S. 4).

In der Industrie entwickelte sich die Beschäftigung zwischen 1966 und November 1970 monatsdurchschnittlich wie folgt:

Industriebeschäftigung

	Industriebeschäftigte insgesamt in Mio	Veränderung in %	darunter Arbeiter	
			in Mio	Veränderung in %
1966	8,4	-0,9	6,5	-1,9
1967	7,8	-6,5	5,9	-8,1
1968	7,9	+0,7	6,0	+0,7
1969	8,3	+5,2	6,3	+5,4
1969, Jan.—Nov. 1970,	8,3		6,3	
Jan.—Nov. 1970,	8,6	+3,6	6,5	+3,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 8/1970, S. 474*; 1/1971, S. 11*)

Erst 1970 wurde der Stand der Industriebeschäftigung von 1965 (8,5 Mio.) erreicht und geringfügig übertroffen. Besonders an der Beschäftigung zeigt sich, wie schwer die Folgen einer Überproduktionskrise (in diesem Fall 1966/67) zu überwinden sind.

Von September bis November 1970 stieg die Zahl der Industriebeschäftigten nicht mehr weiter an, wie noch ein Jahr zuvor:

	Industriebeschäftigte in Mio		Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %	
	1969	1970	1969	1970
September	8,4	8,7	5,1	3,0
Oktober	8,5	8,7	5,0	2,5
November	8,5	8,7	4,9	2,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 11*; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 12/1970, S. 63*)

Die Zunahme der Beschäftigten war 1970 maßgeblich auf die von ausländischen Arbeitskräften zurückzuführen (September 1970 1,95 Mio. gegenüber September 1969 1,50 Mio. und September 1968 1,09 Mio.).

Insgesamt lag im Juni der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte bei 8,2 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Von Oktober bis Dezember 1970 wurden folgende Arbeitslosenzahlen und offene Stellen (in 1000) gemeldet:

	Arbeitslose (I)		offene Stellen (II)		Differenz (II) — (I)	
	1969	1970	1969	1970	1969	1970
Okt.	108	111	787	748	679	637
Nov.	119	129	736	673	617	543
Dez.	192	175	672	603	479	428

(Quelle und berechnet nach: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 5*)

Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen (I) im Dezember weniger stark gestiegen als im Vorjahr, doch rascher fiel die Zahl der offenen Stellen (II). Im Dezember 1970 war der Abstand zum vergleichbaren Vorjahreswert größer als in irgendeinem anderen Monat. Demnach kündigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt ein konjunktureller Umschwung an.

1.6 Umsatz pro Beschäftigten

Bereits ein Vergleich der Zahlen über den Industrieumsatz und die Industriebeschäftigung (vgl. Kennziffern 1.2 und 1.5) läßt erkennen, daß das Wachstum der industriellen Produktion weniger die Folge einer zunehmenden Beschäftigung als einer höheren Arbeitsproduktivität und -intensität war. Die nachstehende Tabelle über die Entwicklung der Be-

schäftigung und des Umsatzes in den Jahren 1966—1970, 3. Vj., veranschaulicht diesen Sachverhalt.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz pro Beschäftigten in 1000 DM
1966	8,4	32,3	3,9
1967	7,8	31,7	4,0
1968	7,9	33,8	4,3
1969	8,3	39,2	4,7
1969, 3. Vj.	8,4	39,8	4,7
1970, 3. Vj.	8,7	44,3	5,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 11')

Den (nicht gerundeten) absoluten Zahlen entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

	Veränderung gegenüber dem Beschäftigte	Umsatz	Umsatz pro Beschäftigten
1966	-0,9	+ 3,6	+ 4,5
1967	-6,5	- 1,9	+ 4,9
1968	+0,7	+ 6,5	+ 5,8
1969	+5,2	+16,0	+10,3
1969, 3. Vj.	+5,2	+16,2	+ 9,3
1970, 3. Vj.	+3,4	+11,4	+ 8,5

(Quelle: Ifo Wirtschaftskonjunktur, 4/1970, Beilage, S. 4, 7; Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 11')

Von September bis November 1970 zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

1970	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %			
	Umsatz je Beschäft. in 1000 DM	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäft.
September	5,5	3,0	10,8	7,8
Oktober	5,6	2,5	6,2	3,7
November	5,4	2,1	10,3	8,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 11')

In diesen Ziffern kommt nicht nur die zunehmende Aktivität der Industrie zum Ausdruck, sondern ebenso die wachsende Beanspruchung der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten.

2 Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Die amtliche Statistik weist die Globalziffer „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ aus. In dieser Ziffer sind auch die entsprechenden Einkommen des Staates und der Selbständigen enthalten. Es ist zu berücksichtigen, daß die etwa 2,9 Mio. Personen umfassende Gruppe der Selbständigen sehr uneinheitlich ist. Ihr gehören der kleine Gewerbetreibende ebenso wie der Großunternehmer an. Zwischen 1966 und 1970 entwickelte sich das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der BRD wie folgt:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	129,5	+ 3,4
1967	127,1	- 1,9
1968	149,3	+ 17,5
1969	158,4	+ 6,1
1970	170,2	+ 7,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 69; 1/1971, S. 14)

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Ver-

mögen übertrafen 1970 das Vorjahrsergebnis um 7,5 Prozent. Sie stiegen damit schneller als 1969, als sie sich gegenüber 1968 um 6,1 Prozent erhöhten.

2.2 Nettogewinne

Aussagekraft über die tatsächliche Steigerung und den Umfang der Gewinne besitzen annäherungsweise die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	99,3	+ 3,4
1967	97,2	- 2,1
1968	116,8	+ 20,2
1969	122,2	+ 4,6
1969, 1. Hj.	56,7	+ 9,9
1970, 1. Hj.	61,6	+ 8,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 71; 9/1970, S. 450)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen im 1. Hj. 1970 gegenüber dem 1. Hj. des Vorjahres um 8,6 Prozent zu. Vergleicht man das 1. Hj. 1970 mit dem von 1969 (vgl. Kennziffern 3.1 und 3.3), so ergibt sich:

Bei den Unternehmern wuchsen die Nettoeinkommen um 8,6 Prozent, bei den lohnabhängig Beschäftigten um 14,7 Prozent.

— Bei den Unternehmern vergrößerten sich die Nettoschneller als die Bruttoeinkommen. Im Gegensatz dazu stiegen die Netto- aus abhängiger Arbeit langsamer als die Bruttoeinkommen. Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik des Staates. Sie begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die lohnabhängig Beschäftigten. (Vgl. Kennziffer 3.2)

Unter den 2,9 Mio. registrierten Selbständigen sind sowohl Bauern, Händler, Handwerker, freiberuflich Tätige wie auch Großunternehmer erfaßt. Ihr statistisches Durchschnittsnettoeinkommen belief sich im 1. Hj. 1970 auf 21 248 DM; das sind monatlich 3541 DM, wobei es im 2. Hj. stets überproportional zu steigen pflegt.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Angaben über die Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit (Bruttolohn- und -gehaltssumme) spiegeln auch die Entwicklung der Beschäftigung, der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wider. Sie geben deshalb kein exaktes Bild der Pro-Kopf-Bruttoeinkommen. Die Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit, in denen auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen enthalten sind, beliefen sich zwischen 1966 und 1970 auf:

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	247,6	7,6
1967	248,0	0,2
1968	266,0	7,3
1969	299,6	12,6
1970	352,1	17,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 69; 1/1971, S. 14)

1970 ergibt sich gegenüber 1969 eine Steigerung der Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit um 17,3 Prozent. Es zeigt sich, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten 1970 beträchtliche Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, daß aber auch die Beschäftigung weiter zunahm (vgl. Kennziffer 1.5).

Die monatlichen Pro-Kopf-Bruttoeinkommen schwächen diesen günstigen Eindruck ab:

Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je beschäftigten Arbeitnehmer

	In DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	831	7,2
1967	857	3,2
1968	909	6,1
1969	993	9,2
1970	1136	14,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 1/1971, S. 14)

Es ist somit offenbar, daß der prozentuale Bruttolohnzuwachs je Beschäftigten in der Konjunkturphase 1968/70 geringer war als der der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Diese verteilt sich auf eine größere Beschäftigtenzahl. Das Wachstum 1970 betrug 14,5 Prozent.

Gleichzeitig hat das infolge des Drucks der Belegschaften und der positiven Wirtschaftslage erzielte verhältnismäßig starke Anwachsen der Bruttoeinkommen die Differenz zwischen Tarif- und Effektivverdiensten (Lohn drift) weiter vergrößert.

Die folgenden Gegenüberstellungen beruhen auf Berechnungen der Veränderung der Effektiv- und Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft:

	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
	Tarifverdienste auf Wochenbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohn drift auf Wochenbasis
1968, 1. Vj.	2,2	3,7	1,5
2. Vj.	3,9	5,5	1,5
3. Vj.	4,7	7,2	2,4
4. Vj.	4,8	7,4	2,5
1969, 1. Vj.	5,5	6,8	1,4
2. Vj.	5,8	9,0	3,2
3. Vj.	5,7	7,9	2,2
4. Vj.	8,2	12,5	4,1
1970, 1. Vj.	10,8	14,5	3,3
2. Vj.	10,6	15,0	3,4
3. Vj.	11,2	15,5	

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1970, S. 33; 1/1971, S. 67)

Das Zurückbleiben der Tarif- hinter den Effektivverdiensten war 1970 noch ausgeprägter als in den gleichen Vorjahreszeiträumen. Die bisher neu abgeschlossenen Tarifvereinbarungen haben an diesen Spannen praktisch nichts geändert, da wiederum Effektivlöhne und -gehälter tariflich nicht abgesichert wurden.

Bis zum 30.6. 1971 umfaßt die Tarifbewegung im wesentlichen noch folgende Bereiche und Beschäftigte:

Tarifbereich	Kündigungs-termin	Beschäftigte in Tsd.
Einzelhandel	31. 1. 1970—30. 4. 1971	1440
Groß- und Außenhandel (ohne NRW, Rheinland und Rheinhessen)	31. 1. 1970—30. 4. 1971	900
Chemische Ind.	31. 3. 1970—31. 5. 1971	660
Versicherungen	31. 3. 1971	180
Steine und Erden	31. 3. 1970—30. 6. 1971	230
Bauhauptgewerbe	30. 4. 1971	1600
Bekleidungsind.	30. 4. 1971	380
Steinkohlenbergbau	31. 5. 1971	250
Textilindustrie	30. 4. 1970—30. 6. 1971	500

(Quelle: Die Zeit, 2. 10. 1970)

Wenn der Sachverständigenrat in seiner Vorschau für 1971 (JG 1970, Ziffer 166) die konjunkturellen Antriebskräfte allein im Verbrauchsgütersektor sieht, daher für die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen weiteren Aufwärtstrend prognostiziert (JG 1970, S. 85), dann sollte dieser Sicht nicht widersprochen werden. Seine Schät-

zung der Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter bis 13,5 Prozent steht eindeutig im Gegensatz zu den Orientierungsdaten der Bundesregierung, deren Eckwerte im Jahreswirtschaftsbericht mit + 9,5 bis + 10,5 Prozent angegeben wurden. (JWB 1971, Ziffer 61).

Es ist jedoch bedenklich, daß der DGB in seiner Zielprojektion für 1971 ebenfalls von + 10,4 Prozent ausgeht (DGB-Zielprojektion 1971 bis 1975, abgedruckt im JG 1970 des Sachverständigenrates S. 119—123). Noch bedenklicher ist es aber, wenn Einzelgewerkschaften wie die IG Druck und Papier nicht einmal die DGB-Zielprojektion in ihrer praktischen Lohnpolitik berücksichtigen. Auf diese Weise kann angesichts des inflationären Trends (vgl. Kennziffer 3.4) keine konjunkturstützende Verbrauchermarktexpansion erreicht werden. Wird außerdem die progressive steuerliche Belastung der Bruttolöhne und -gehälter in Ansatz gebracht (vgl. Kennziffer 3.2), dann bleibt auch der %-Wert des Sachverständigenrats wirtschaftspolitisch ineffektiv.

Für die Gewerkschaften, die unmittelbar vor neuen Tarifverhandlungen stehen, liegt es nicht nur im Interesse ihrer Mitglieder, sondern sogar im gesamtwirtschaftlichen Interesse, durch eine Forcierung der aktiven Lohnpolitik die vorwiegend unternehmerfreundlichen Lohnleitlinien abzulehnen. Es wäre dazu erforderlich, wenn sie sich der Haltung der Gewerkschaft OTV im Lohnkonflikt mit der Lufthansa AG anschließen würden. Die 15-Prozent-Grenze sollte nicht unterschritten werden.

3.2 Steuern und Abgaben

Die seit 1968 kontinuierlich gestiegenen Bruttolöhne und -gehälter wurden durch zunehmend progressiv wirkende Steuern und Sozialabgaben drastisch reduziert, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

	Arbeitgeberbeitr. u. Soz.-Aufwendg. Mrd. DM	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialvers. in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %	Lohnsteuer in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %
1966		20,69	10,5	18,79	18,3
1967	30,11	21,13	2,1	19,11	1,7
1968	33,27	23,61	11,7	21,85	14,3
1969	38,46	27,52	16,6	27,06	23,2
1970				35,09	29,7
1969, 1. Hj.	18,01	12,94	14,3	10,58	21,2
1970, 1. Hj.	21,92	15,65	20,9	14,14	33,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 206; 9/1970, S. 449; BMF Finanznachrichten, 5/71, S. 10)

1970 war eine außerordentliche Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer zu verzeichnen gewesen.

Im 1. Hj. 1970 mußten an Sozialversicherungsbeiträgen, zusätzlichen Sozialaufwendungen und Lohnsteuer rd. 51,7 Mrd. DM abgeführt werden = + 24,5 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Diese Abzüge machten im 1. Hj. 1970 31,3 Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme aus gegenüber 29,6 Prozent im 1. Hj. 1969.

Nach dem erneuten scharfen Anstieg der gesamten Lohnsteuersumme im Jahre 1970 dürfte dieser Prozentsatz weiter gestiegen sein.

Die Diskussion um die Steuerpolitik 1970/71 wird beherrscht von den Fehlschätzungen des Bundesfinanzministeriums im Hinblick auf das allgemeine Steueraufkommen. Doch noch stärker als die dem Bund zustehenden Einnahmen wichen 1970 die der Länder und Gemeinden von den ursprünglichen Ansätzen ab. Schon zu Beginn des laufenden Jahres stand fest, daß auch 1971 beim Aufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden übermäßige Ausfälle eintreten werden, wie der Überblick zeigt:

Vorläufige und geschätzte Einnahmeausfälle der Gebietskörperschaften

	1970		1971	
	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %
Bund	— 2,7	— 3,3	— 2,7	— 3,0
Länder	— 2,4	— 4,7	— 3,0	— 5,5
Gemeinden	— 1,0	— 5,3	— 1,4	— 7,4
Insgesamt	— 6,1	— 4,0	— 7,1	— 4,3

(Quelle: ifo Schnelldienst, 5, 1971, S. 17)

Welcher Art die Steuerausfälle sind und sein werden, ist bezeichnend für den sozialen Charakter der herrschenden Wirtschaftsordnung.

Danach traten bei der veranlagten Einkommensteuer 1 Mrd. (— 5,8 Prozent), bei der Körperschaftsteuer 2,2 Mrd. (— 20,0 Prozent) und bei der Gewerbesteuer 3,9 Mrd. DM (— 27,2 Prozent) Mindereinnahmen ein. Werden diesen Steuerarten, die vornehmlich die Unternehmer belasten, diejenigen gegenübergestellt, deren Aufkommen überwiegend von den Arbeitern, Angestellten und Beamten getragen wird, so müssen praktisch letztere zum großen Teil die Mindereinnahmen ausgleichen: der Zuwachs der Lohnsteuer betrug 1970 8 Mrd. (+ 29,7 Prozent), und der Steuern vom Umsatz 4,4 Mrd. DM (+ 13,1 Prozent).

Diese Entwicklung wird auch 1971 anhalten. Die Schätzungen laufen darauf hinaus, daß das Einkommensteueraufkommen lediglich um 0,9 Mrd. (+ 5,6 Prozent) steigt, das der Körperschaftsteuer um 0,5 Mrd. (— 5,9 Prozent) erneut sinkt, das der Gewerbesteuer nur um 0,4 Mrd. (+ 3,4 Prozent) höher liegen wird, dagegen die Lohnsteuer um 5,9 Mrd. (+ 16,8 Prozent) und die Steuern vom Umsatz um 2,8 Mrd. DM (+ 7,3 Prozent) anwachsen werden.

Vorläufige Ist-Entwicklung und Vorausschätzung einzelner Steuerarten

	1970		1971	
	In Mrd.	In %	In Mrd.	In %
Einkommensteuer	— 1,0	— 5,8	+ 0,9	+ 5,6
Körperschaftsteuer	— 2,2	— 20,0	— 0,5	— 5,9
Gewerbesteuer	— 3,9	— 27,2	+ 0,4	+ 3,4
Lohnsteuer	+ 8,0	+ 29,7	+ 5,9	+ 16,8
Steuern vom Umsatz	+ 4,4	+ 13,1	+ 2,8	+ 7,3

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 5, 1971, S. 19; BMF Finanznachrichten 5/71, S. 10, 13)

Diese unterschiedlichen Belastungen sind auf die Ausgestaltung des Steuerrechts, keineswegs auf die Gewinnentwicklung der Unternehmer zurückzuführen. Gerade in den Jahren 1968—1970 stieg das ausgewiesene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig an (vgl. Kennziffer 2.1 und 2.2), jedoch erlaubt es das Steuerrecht den Unternehmern, entweder Steuerzahlungen zu verschieben oder ihnen langfristig überhaupt auszuweichen (permanente Steuererstattung). Schließlich verdeutlicht noch ein Überblick über die gesamte Einkommensteuerentwicklung, welche Steuervolumen der unterschiedlichen Belastung entsprechen:

Einkommensteuerbelastung von Unternehmern, anderen Selbständigen und der Arbeiterklasse (in Mrd. DM)

	Insgesamt	Lohn-Einkommen	Veranlagte Einkommen	Körperschaft-	Kapitalertragsteuer
1966	44,3	19,1	16,1	7,7	1,5
1967	43,9	19,6	15,8	7,1	1,5
1968	48,4	22,1	16,3	8,6	1,5
1969	56,7	27,1	17,0	10,9	1,7
1970	61,8	35,1	16,0	8,7	2,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1966	+ 13,8	+ 8,6	— 5,9	+ 7,8
1967	+ 2,6	— 1,8	— 8,1	+ 0,9
1968	+ 12,9	+ 3,1	+ 21,1	+ 4,8
1969	+ 22,5	+ 4,4	+ 27,5	+ 11,4
1970	+ 29,7	— 5,8	— 20,0	+ 17,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1970, S. 52; BMF Finanznachrichten 5/71, S. 10)

Dieser Vergleich deckt auf, daß tatsächlich über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg das Schwergewicht der Einkommensteuerbelastung auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten entfiel, und zwar — fünfjahresdurchschnittlich — im Verhältnis: von 16,3 Prozent Lohn- zu 1,7 Prozent veranlagte Einkommen-, zu 2,9 Prozent Körperschaft- und zu 8,5 Prozent Kapitalertragsteuer.

Die Konsequenz aus diesem Mißverhältnis zuungunsten der Lohnsteuerpflichtigen müßte eine unverzügliche Steuerreform dergestalt sein, daß die einkommensteuerliche Freibetragsgrenze erheblich angehoben wird, darüber hinaus die steuerliche Begünstigung der privaten Investitionen einzuschränken ist, zumal die staatliche Umverteilung (vgl. Kennziffer 4.3) die sozialen Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung immer noch vernachlässigt.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit nach Abzug der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen sozialen Aufwendungen und der Lohnsteuer.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	178,48	+ 5,9
1967	177,65	— 0,5
1968	187,29	+ 5,4
1969	206,66	+ 10,3
1969 I. Hj.	98,88	+ 9,6
1970 I. Hj.	113,41	+ 14,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 9/1970, S. 149)

Ein Vergleich der jährlichen Zuwachsraten zeigt, daß die Netto- beträchtlich langsamer als die Bruttolohnsumme wuchs (vgl. Kennziffer 3.1):

1968	um 5,4 Prozent gegenüber	7,3 Prozent
1969	um 10,3 Prozent gegenüber	12,6 Prozent
1970 I. Hj.	um 14,7 Prozent gegenüber	17,6 Prozent

Aufgrund der Lohnsteuerprogression und der steigenden Abgaben zur Sozialversicherung (vgl. Kennziffer 3.2) sind die Nettoeinkommen der Beschäftigten im I. Hj. 1970 um 51,7 Mrd. DM hinter den Bruttoverdiensten zurückgeblieben. Seit 1968 bedeutet dies im vergleichbaren Zeitraum den größten Abstand zwischen beiden Einkommenskategorien (I. Hj. 1968 36,0 Mrd. DM; I. Hj. 1969 41,5 Mrd. DM).

Ebenso ist je beschäftigtem Arbeiter und Angestellten die Differenz zwischen monatlichen Netto- und Bruttoeinkommen größer als in der Vergangenheit.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter und Angestellten

	Monatsdurchschnitt in DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	680	5,8
1967	699	2,8
1968	732	4,7
1969	786	7,4
1969 I. Hj.	760	6,5
1970 I. Hj.	851	12,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70; 9/1970, S. 149)

3.4 Preise

Der nominale Anstieg des BSP im Jahre 1970 um 12,5 Prozent ist mit einer Preissteigerungsrate von 7,5 Prozent erkauf worden. Der Sachverständigenrat spricht in seinem

letzten Jahresgutachten von einem „ungewöhnlichen Anziehen der industriellen Erzeugerpreise“ (JG 1970, Ziffer 62); Industrieprodukte verteuerten sich um 5,1 Prozent gegenüber 1969.

In ähnlicher Aufwärtsbewegung befanden sich die Verbraucherpreise; doch übertraf die beschleunigte Entwicklung der Baupreise (über 15 Prozent) alle anderen Preiskategorien (Vgl. Kennziffer 3.7).

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten verlief, bezogen auf die verschiedenen Ausgabengruppen, nicht gleichmäßig. Gerade bei Mieten, Gas, Elektrizität und Brennstoffen war die Steigerung von 1969 bis 1970 überdurchschnittlich hoch. Diesen Ausgaben können die Verbraucher aber nicht ausweichen, so daß die Belastung der Haushalte, vor allem von Rentnern (zugrunde gelegte Durchschnittsausgaben 310 DM) stärker wächst als die der Haushalte mit „mittlerem“ (743 DM Lebenshaltungsausgaben) oder sog. höheren Einkommen (1528 DM Lebenshaltungsausgaben). Dies zeigt die nachstehende Übersicht.

Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung von 1969 bis 1970 in Punkten (1962 = 100):

— Angestellte und Beamte mit höherem Einkommen	+ 4,5
— Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 4,4
— Renten- und Sozialhilfeempfänger	+ 4,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 51¹ f.)

Preisentwicklung bis 1970 (1962 = 100)

	Lebenshaltungs- kosten	Wohnungs- miete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Kraftfahr- zeuge, Fahrräder
1966	112,7	127,1	108,4	101,3
1967	114,6	135,7	109,9	101,6
1968	116,4	146,0	116,7	102,0
1969	119,5	156,6	118,7	102,7
1970	124,0	163,4	127,4	107,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 51¹, 53¹)

Zwischen 1969 und 1970 stieg der Preisindex

— der Lebenshaltung	um 4,5 Punkte
— der Wohnungsmieten	um 6,8 Punkte
— von Elektrizität, Gas, Brennstoffen	um 8,7 Punkte
— von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern	um 4,6 Punkte

Sowohl der Sachverständigenrat als auch die Bundesregierung rechnen für 1971 mit einem anhaltenden Preisauftrieb, wobei der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung um 3,5 Prozent, darunter der Wohnungsmieten um 4,5 Prozent (Prognose des Sachverständigenrats, JG 1970, Ziffer 176), die Untergrenze bilden dürfte.

Die Bundesregierung erwartet eine unrealistische Zunahme der Verbraucherpreise von nur rd. 3 Prozent (JWB 1971, Eckwerte für 1971, S. 23).

Die inzwischen beschlossene bzw. eingetretene Preiserhöhung für Milch, Rindfleisch und Gerste um nominal 5 bis 10 Prozent wird aller Voraussicht nach das Preisniveau des privaten Verbrauchs abermals über die zurückhaltenden Prognosen der Sachverständigen und Bundesregierung hinaustreiben, ebenso die Anhebung der Benzinpreise. Der Eckwert der Bundesregierung wird darüber hinaus nicht einmal als Orientierungsdatum ernst genommen, da die übermäßige Erhöhung der Bahn- und Posttarife eine überproportionale Preiswelle geradezu auslösen muß.

3.5 Realeinkommensentwicklung

Die Einkommenssituation der Arbeiterklasse kann nicht allein anhand der jeweiligen Brutto- oder Nettolöhne und -gehälter (Nominaleinkommen) beurteilt werden. Letzten Endes entscheidend ist deren reale Kaufkraft, d.h. das Realeinkommen.

Die statistische Realeinkommenserhöhung errechnet sich aus der Differenz zwischen der Steigerung der (nominalen) Nettoeinkommen und der der Lebenshaltungskosten.

Für das 1. Hj. 1970 ergibt das für Arbeiter, Angestellte und Beamte eine Realeinkommenszunahme gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 8,3 Prozent: erhöhte Durchschnittsnettoeinkommen (vgl. Kennziffer 3.3) um 12 Prozent, erhöhter Lebenshaltungskostenindex um 3,7 Prozent.

Im 1. Hj. 1969 betrug der Realeinkommenszuwachs 2,7 Prozent.

3.6 Arbeitszeit

Vergleiche der Brutto-, Netto- oder Reallöhne und -gehälter können nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung der jeweiligen Arbeitszeiten durchgeführt werden.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter in der Industrie

	männlich	weiblich	Insg.
1966	44,7	41,1	43,9
1967	43,0	39,8	42,3
1968	44,0	40,6	43,3
1969	44,8	41,0	44,0
1969 Jan.	43,9	40,7	43,2
April	44,8	41,2	44,1
Juli	45,1	41,1	44,3
1970 Jan.			43,6
April			44,2
Juli			44,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1970, S. 272¹; 10/1970, S. 496)

Bemerkenswert ist das Ausmaß erhöhter Stundenzahlen mit dem Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung ab 1969. 1969 war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter 0,7 Stunden länger als 1968 und 1,7 Stunden länger als 1967. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt in weiten Bereichen 40 Stunden. Es wurden also beträchtliche Überstunden geleistet. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit war 1969 gegenüber 1968 um 1,6 Prozent und gegenüber 1967 um 4 Prozent länger; im wesentlichen hat sich bis Juli 1970 daran nichts geändert. Die 1969 und im 1. Hj. 1970 erzielten Reallöhne wurden durch zusätzliche Stundenzahlen erreicht.

3.7 Bau- und Wohnungswesen

Wie aus der Übersicht über die Preisentwicklung der Jahre 1969/70 hervorgeht (vgl. Kennziffer 3.4), ist ein nicht geringer Teil der gestiegenen Lebenshaltungskosten auf die Verteuerung der Wohnungsnutzung zurückzuführen. Die Entwicklung der Wohnungsmieten hatte bis 1969 folgenden Verlauf:

	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %		
	Altbauwohnungen	Neubauwohnungen nach 1948 Soz. Wohnungsbau	Freifinanzierte
1966	11,8	6,7	4,7
1967	6,2	7,1	7,1
1968	7,1	7,7	8,0
1969	6,5	11,9	4,5

(Quelle: JG 1970, Ziffer 63)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Werte die unterschiedlichen Wohnstrukturen der BRD insgesamt (einschließlich Westberlins) auf einen Nenner bringen. Es existieren keine amtlichen Preisindizes, aus denen die Wohnungsmieten getrennt nach Ballungszentren und Gemeindegrößenklassen ersichtlich wären. Ferner wird nicht zwischen alten, älteren und modernen Neubauwohnungen differenziert.

Wird die Mietsituation jedoch im Zusammenhang mit der der Baupreise betrachtet, dann ist zu schlussfolgern, daß Neubauwohnungen die stärksten Mietsteigerungen aufweisen. Danach waren z. B. Wohnbauten — lediglich nach den Ver-

trags-, nicht nach den bei Fertigstellung wirklich gezahlten Summen — im August 1970 17 Prozent teurer als ein Jahr zuvor.

Im einzelnen war seit 1968 im Wohnungsbausektor (Bauleistungen am Gebäude) folgende Preisindexentwicklung zu verzeichnen (1962 = 100):

	Index	Zunahme geg. d. Vorj. in %
1968	120,8	4,2
1969	127,2	5,3
1970	147,4	15,9
<hr/>		
1969, August	128,0	
November	132,6	
1970, August	149,6	16,9
November	151,8	14,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 49*)

1968 und 1969 wurden — laut Veröffentlichungen des Wohnungsbauministeriums — insgesamt knapp über 1 Mio. Wohnungen gebaut; jeweils am Jahresende waren zudem im Bau befindlich, jedoch noch nicht bezugsfertig 1968/506 060, 1969/526 368 Wohnungen, genehmigt, aber noch nicht bezugsfertig, waren allein Ende 1969 735 738 Wohnungen. Diese Einheiten wurden in beiden Jahren zu über 75 Prozent in Zwei- und Mehrfamilienhäusern erstellt, wobei auf letztere Bauten allein etwa 56 Prozent entfielen. Insofern müßten sich die inflationären Baupreise zwangsläufig in den Mieten niedergeschlagen haben.

Ob dementsgegen der „soziale Wohnungsbau“ auf die Mieten dampfend gewirkt hat, ist zweifelhaft; denn 1968 und 1969 wurden im Rahmen des allein ausschlaggebenden 1. Förderungswegs nur wenig über 290 000 Wohnungen gebaut, darunter ca. 68 Prozent in Mehrfamilienhäusern. Nach offiziellen Angaben betrug die durchschnittliche qm-Miete im „sozialen Wohnungsbau“ 1968 DM 3,02, 1969 DM 3,05 (1965 DM 2,36).

Da die statistisch ermittelte Wohnfläche je Person im Bundesgebiet einschließlich Westberlins nach der Wohnungszählung 1968 23,8 qm umfaßt, muß demnach für eine 4-köpfige Familie im „sozialen Wohnungsbau“ im Durchschnitt DM 290,36 Miete gezahlt werden.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß 1969 bereits in über 50 Prozent der Sozialbauwohnungen eine qm-Miete über DM 3,10 zu entrichten war.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Anhaltspunkte für die Höhe des Anteils der Arbeiter, Angestellten und Beamten an dem steigenden Güter- und Leistungsausstoß der Wirtschaft vermittelt die Nettolohn- und -gehaltsquote, d. h. der Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am BSP:

	Bruttozozialprodukt (BSP) zu jew. Preisen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	% -Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am BSP
1965	460,4	168,5	36,6
1969	602,2	206,7	34,4
1969 1. Hj.	281,9	98,9	35,1
1970 1. Hj.	319,0	113,4	35,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 210*; 9/1970, S. 445, 449, 457; 2/1970, S. 70)

Die Nettolohn- und -gehaltsquote nahm von 1965 bis 1969 um 2,2 Prozent ab. Das bedeutet, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten — hätte 1969 die Quote des Jahres 1965 wieder erreicht werden sollen — zum Jahresende 1969 eine zusätzliche Erhöhung ihrer Einkommen um etwa 13,2 Mrd. DM hätten erzwingen müssen. Erst damit hätte die Arbeiterklasse insgesamt wieder ihren Anteil von 1965 erreicht.

Auch im 1. Hj. 1970 konnte dieses verteilungspolitische Ziel nicht realisiert werden.

Trotz Überstunden und konjunkturbedingter Lohndrift blieb der Anteil der Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten am gesamten Produktions- und Leistungswert noch um 1 Prozent unter dem von 1965. Die im Vergleich zu 1965 erweiterte Kaufkraftlücke — die Schere zwischen Masseneinkommen und Produktivität — wäre damit noch nicht annähernd geschlossen.

Eine der Ursachen für die Konsolidierung dieser Lücke liegt in der engen Verflechtung der staatlichen Finanzpolitik mit der privaten Unternehmerewirtschaft. Besteht schon ein erheblicher Unterschied zwischen den durchschnittlichen Nettoeinkommen je Selbständigen und lohnabhängig Beschäftigten auf der Basis der ausgewiesenen Gewinne, so wird er noch größer, wenn die

- Abschreibungen,
- Subventionen und
- staatlichen Überschüsse der Einnahmen über den Ausgaben

in Ansatz gebracht werden.

Ohne die Abschreibungen beliefen sich die Nettoeinkommen je Selbständigen und je lohnabhängig Beschäftigten von 1966 bis zum 1. Hj. 1970 auf:

Durchschnittliches Nettoeinkommen in DM je

	Selbständigen	lohnabhängig Beschäftigten
1966	rd. 32 800	rd. 8100
1967	rd. 31 900	rd. 8400
1968	rd. 39 600	rd. 8800
1969	rd. 41 400	rd. 9400
1970 1. Hj.	rd. 21 000	rd. 5100

(Quelle: Vgl. Kennziffern 2.2 und 3.3)

Abschreibungen, Subventionen und staatliche Überschüsse der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben, vermindert um die Nettoinvestitionen, umfaßten (in Mrd. DM):

	Abschreibungen	Subventionen	Überschüßbildung des Staates
1966	50,7	5,8	5,9
1967	53,8	5,6	0,5
1968	57,4	7,5	2,7
1969	63,7	7,8	17,4
1970 1. Hj.	36,8	4,1	8,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1970, S. 452, 500*, 503*)

Abschreibungen sind die Hauptquelle der Selbstfinanzierung der Investitionen (vgl. Kennziffer 2.4); sie gehen deshalb in ihrer Höhe über die normale Absetzung für Abnutzung weit hinaus und sind daher zum überwiegenden Teil als zusätzliche Einkommen der Unternehmer einzusetzen.

4.2 Vermögensverteilung

Angesichts der sich immer rascher vollziehenden Geldentwertung und der unternehmerischen Sachwertakkumulation das 624-Mark-Gesetz als „vermögenspolitisches“ Instrument zu bezeichnen, läuft auf eine bewußte Verschleierung der wirklichen Einkommens- und Eigentumsverhältnisse in der BRD hinaus. Daß mit dieser dürftigen Regelung tatsächlich nichts zu erreichen ist, bestätigen Angaben aus dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, wonach im Jahre 1970 nur ca. 3 Mrd. und 1971 voraussichtlich 4,4 Mrd. DM aufgrund dieses Gesetzes angelegt worden sind bzw. werden. In diesen Beträgen seien außerdem in erheblichem Maße Einkommensteile enthalten, die ohnehin für das Sparen vorgesehen wurden (Wirtschaftswoche, 4/1971, S. 29).

Die offizielle Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1969 gibt keinen Aufschluß über die wirkliche Vermögensverteilung in der BRD, da sie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von DM 10 000 und mehr nicht er-

faßte. Dessen ungeachtet bestehen bei den restlichen Haushalten, die die Mehrheit der Bevölkerung umfassen, beträchtliche Unterschiede hinsichtlich des Umfangs der Vermögensbildung.

Sogar Guthaben, die keinen Anteil am Produktivvermögen darstellen, sondern lediglich den Erwerb langlebiger kostspieliger Konsumgüter oder eine kurzfristige Existenzsicherung ermöglichen, sind sehr ungleich unter den Haushalten, deren Vorstand ein Selbständiger, Beamter, Angestellter oder Arbeiter ist, verteilt.

So betrogen bei mehr als der Hälfte der Arbeiter mit Sparbüchern die Ersparnisse weniger als DM 2000, während $\frac{2}{3}$ der Selbständigen mehr als DM 2000, meist sogar über DM 5000 besaßen.

Haushaltsvorstand	Haushalte mit Sparbüchern in %	$\frac{1}{2}$ -Anteil in Haushalten mit Sparbüchern Es verfügt über Guthaben in DM von unter 2000	2000—5000	5000 u. m.
Selbständiger	91,3	33,8	25,2	41,1
Beamter	97,3	37,1	28,6	33,9
Angestellter	95,0	36,5	29,1	34,5
Arbeiter	89,8	51,3	27,3	21,4
Landwirt	88,7	35,5	23,9	29,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 12/1970, S. 605)

Über Bausparverträge verfügten 1969 nur knapp 20 Prozent der Arbeiter, dagegen $\frac{1}{3}$ der Angestellten, 44 Prozent der Beamten und 45 Prozent der Selbständigen.

Bei den Arbeitern belief sich in rd. 11 Prozent der Fälle das Guthaben auf mehr als DM 10 000. Gleiches galt für 20 Prozent der Angestellten, 17 Prozent der Beamten und 26 Prozent der Selbständigen:

Haushaltsvorstand	Haushalte mit Bausparverträgen in %	$\frac{1}{2}$ -Anteil an den Haushalten mit Bausparverträgen Es verfügt über Guthaben in DM von unter 10 000	über 10 000
Selbständiger	45,3	73,7	26,4
Beamter	43,7	82,1	17,1
Angestellter	33,4	80,3	19,7
Arbeiter	19,6	88,9	10,6
Landwirt	31,4	84,1	13,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 12/1970, S. 609)

Selbst bei erheblicher monatlicher Belastung ist an den Erwerb eines Eigenheims angesichts der gestiegenen und weiter steigenden Baupreise nicht zu denken, solange ein Bausparguthaben nicht DM 10 000 übersteigt. Das trifft jedoch allein für 2 Prozent der Arbeiterhaushalte zu gegenüber 12 Prozent der Selbständigen.

Eine hinreichende Ergänzung der Bausparguthaben mit Hilfe von Sparbüchern ist unmöglich, wenn sich die Einlagen auf weniger als DM 2000 beziffern, wie dies bei Arbeitern im

Unterschied zu Angestellten, Beamten und Selbständigen die Regel ist.

4.3 Staatliche Umverteilung

Der Unterschied hinsichtlich des effektiven Steueraufkommens von Unternehmen und Selbständigen einerseits sowie der Arbeiterklasse andererseits (vgl. Kennziffer 3.2) wird auch 1971 durch keine Neuorientierung der staatlichen Haushaltspraxis korrigiert, geschweige denn aufgehoben werden.

Die Ausweitung des Bundeshaushalts um 9,2 Mrd. DM (+ 10,1 Prozent) gegenüber 1970 schlägt sich u. a. in einer — gemessen an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung — völlig unzureichenden Anhebung der Etats für Städtebau und Wohnungswesen um 0,7 Mrd., Jugend, Familie, Gesundheit um 0,7 Mrd., Arbeit und Sozialordnung um 0,9 Mrd., Bildung und Wissenschaft um 1,2 Mrd., Verkehr um 1,5 Mrd., jedoch für Verteidigung (einschließlich Zivilverteidigung und Verteidigungslasten) um 2,7 Mrd. DM nieder.

Die Gesamtausgaben des Verteidigungsetats (einschließlich Zivilverteidigung und Verteidigungslasten) belaufen sich danach auf 22,8 Mrd. DM.

Demgegenüber beziffern sich die für Verkehr, Post und Fernmeldewesen auf 11,7, für Bildung und Wissenschaft auf 4,0, für Jugend, Familie und Gesundheit auf 4,2 Mrd. und für Städtebau- und Wohnungswesen auf 2,7 Mrd. DM.

Eine Halbierung des Rüstungshaushalts könnte nicht nur zur sofortigen Schuldentilgung bei Bahn und Post führen, so daß deren Tarife unangetastet blieben, sondern die freierwerdenden Mittel wären dann auch für den spärlich ausgestatteten Etat für Fernstraßen, den Sozialen Wohnungsbau und den sachlichen wie personellen Ausbau der Schulen und Hochschulen zu verwenden.

Auf längere Sicht wäre dadurch ohne Steuererhöhung ebenso das ansonsten rein abstrakte Gesundheitsprogramm der Bundesregierung zu finanzieren.

Aufgrund der derzeitigen Ausstattung des Bundeshaushalts muß bei den der Infrastruktur dienenden Einzeletats für 1971 besonders in Rechnung gestellt werden, daß die inflationäre Entwicklung der Baupreise die realen Zuwächse stark vermindern wird.

Ein Nachtragshaushalt, der dieser Lage Rechnung tragen würde, erscheint daher nicht ausgeschlossen. Er könnte jedoch nur durch eine weitere Verschuldung des Bundes gedeckt werden. Der 100-Mrd.-DM-Haushalt ist sowieso nur mit einer Nettokreditaufnahme von rd. 3,7 Mrd. DM zur Deckung zu bringen. Die Bundesschuld erreicht damit die Summe von 50 Mrd. DM. (Angaben nach der Bundestagsdrucksache VI/1757)

Diese INFORMATIONEN erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Zu bestimmten Entwicklungen und ausgewählten Komplexen erscheinen Sonderberichte.

Die INFORMATIONEN lassen unter einer festen Systematik wichtige Angaben zur Wirtschaftsentwicklung und zur ökonomischen Lage der Arbeiterklasse zusammen. Diese Systematik wird in allen laufenden Berichten durchgehalten. Die Grundtabellen werden in jeder Ausgabe, soweit die Angaben vorliegen, fortgeschrieben. Liegen keine neuen Daten vor, werden die Tabellen der letzten Ausgabe unverändert übernommen. Die Quellen sind jeweils vermerkt. Bei Angaben aus vorhergehenden Informationen wird verwiesen auf „INFO Nr. . . . / 19...“.

Materialgrundlage dieser INFORMATIONEN sind Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, staatlicher Behörden, bürgerlicher Wirtschaftsinstitute, der Unternehmerverbände usw. Es ist zu berücksichtigen, daß deren Zahlenangaben häufig die Zusammenhänge verschleiern und die für die Arbeiterklasse ungünstigen Entwicklungen abbildern. Trotzdem können sie in vielen Fällen zur Grundlage einer Argumentation im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Forderungen gemacht werden.

Die INFORMATIONEN erheben nicht den Anspruch auf eine umfassende Konjunkturanalyse. Sie wollen den Blick auf die für die Lage der Arbeiter und Angestellten und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Forderungen wichtigsten Entwicklungstendenzen und Tatsachen lenken.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum und Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttoinlandsprodukt zu			
	a) jeweiligen Preisen	1969 / 1970; %	+ 12,6	1.1
	b) Preisen von 1962	1969 / 1970; %	+ 4,8	1.1
2	Industrieproduktion			
	a) Index (1962 = 100)	Nov. 1970	172,5	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Nov. 1970; %	+ 0,6	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	Nov. 1969 / Nov. 1970; %	+ 8,9	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	Nov. 1969 / Nov. 1970; %	+ 13,2	1.2
5	Auftragseingang d. Industrie gegenüber dem			
	a) Vorjahr	Nov. 1970; %	+ 2,1	1.2
	b) Vormonat	Nov. 1970; %	- 4,0	1.2
6	Exportüberschuß			
	a) absolut	3. Vj. 1970; Mrd. DM	4,3	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	3. Vj. 1970; Mrd. DM	+ 0,3	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1970 / 1971; %	+ 5	1.4
8	Beschäftigte in der Industrie			
	a) absolut	Nov. 1970; Mio	8,7	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	Nov. 1970; %	+ 2,1	1.5
9	Arbeitslose	Dez. 1970; Tsd	175	1.5
10	Umsatz der Industrie pro Beschäftigten			
	a) absolut	Nov. 1970; DM	5400	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	Nov. 1970; %	+ 8,0	1.6
11	Veränderung d. Bruttolohn- u. -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1969 / 1970; %	+ 17,3	3.1
	b) pro Beschäftigten	1969 / 1970; %	+ 14,5	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern	2. Vj. 1970; %	+ 3,4	3.1
13	Lohnsteuer	1969 / 1970; %	+ 29,7	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	1969 / 1970; %	- 5,8	3.2
15	Körperschaftsteuer	1969 / 1970; %	- 20,0	3.2
16	Nettolohn- und -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1. Hj. 1969 / 1. Hj. 1970; %	+ 14,7	3.3
	b) pro Beschäftigten	1. Hj. 1969 / 1. Hj. 1970; %	+ 12,0	3.3
17	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte) Indexveränderung (1962 = 100)	1969 / 1970; in Pkt.	+ 4,5	3.4
18	Kaufkraftsteigerung d. durchschnittl. Monatsnettoeinkommen (Realeinkommenssteigerung)	1. Hj. 1969 / 1. Hj. 1970; %	+ 8,3	3.5
19	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter	Juli 1970; Stunden	44	3.6
20	Durchschnittliches Nettoeinkommen pro Selbständigen	1968 / 1969; %	+ 4,5	4.1
21	Ausgaben des Bundeshaushalts	1970 / 1971; %	+ 10,1	4.3

Statistische Begriffe und Abkürzungen:

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich für 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1968 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber

1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird. Tsd. = Tausend; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt einer Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.